

MEHR

SICHERHEIT

MIT TEMPO 30



INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
KANTON ZÜRICH	4
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

GRÜNE Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe GRÜNE

Schon bald beginnt die heisse Phase des Kommunalwahlkampfes. Hinter den Kulissen laufen die Vorbereitungen schon länger. Zahlreiche Freiwillige haben Workshops organisiert, Gespräche mit Kandidierenden geführt oder an Botschaften gefeilt. Dank dieses Engagements kandidieren wieder viele motivierte und engagierte Menschen für grüne Anliegen.

Das braucht es mehr denn je, denn die rechtsbürgerlichen Parteien wollen das Rad der Zeit zurückdrehen. Im November stimmen wir über die «Mobilitätsinitiative» ab, die es den Gemeinden verbieten will, selbst zu entscheiden, wo sie Tempo 30 einführen möchten. Das ist nicht nur Verkehrspolitik der 1970-er Jahre nach dem Motto «freie Fahrt für freie Bürger», sondern auch eine unsägliche Bevormundung der Gemeinden. Denn diese kennen die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung sehr wohl, und viele haben inzwischen erkannt, dass Tempo 30 die Sicherheit

erhöht und den Lärm reduziert. Dadurch steigt die Aufenthaltsqualität für alle.

Ebenfalls im November kommt die Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen zur Abstimmung. Sie macht den Auftakt in einer ganzen Reihe von Initiativen zum Thema Wohnen. Voraussichtlich nächsten Juni stimmen wir über unsere grüne Wohnungsinitiative ab, welche den Kanton in die Pflicht nimmt und unter anderem eine kantonale Wohnbaugesellschaft fordert – ähnlich wie die ZKB vor über 100 Jahren gegründet wurde, weil Bauern und Gewerbler keine Kredite mehr aufnehmen konnten.

Damit wir eine wirksame und sichtbare Kampagne aufgleisen können, sind wir auf eure Unterstützung angewiesen – jeder Betrag hilft, damit Wohnen im Kanton Zürich nicht zum Luxusgut wird!

■ Selma L'Orange Seigo, Präsidentin
GRÜNE Kanton Zürich

LIEBE LESER:INNEN

Die Digitalisierung prägt unseren Alltag tiefgreifend, von der Art wie wir kommunizieren bis hin zu wie der Staat seine Aufgaben erfüllt. Damit steigt auch die Verantwortung, Grundrechte im digitalen Raum zu schützen. Mit unserem Gegenvorschlag zur Initiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» greifen wir diese Verantwortung auf. Mehr dazu im Artikel von Kantonsrat Benjamin Krähenmann auf Seite 3.

Am 30. November stimmen wir im Kanton Zürich jedoch über mehrere wichtige Vorlagen ab. Die folgenden Seiten bieten vertiefte Informationen zu jeder Vorlage. Weiter zeigt Philipp Maurer, Stadtrat Wallisellen, in einem spannenden Artikel auf Seite 6 auf, warum GRÜNE in den Behörden unverzichtbar sind und oft den entscheidenden Unterschied ausmachen. Aber auch auf allen anderen Seiten warten spannende Beiträge.

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

■ Liridon Maliqi, Geschäftsführer
GRÜNE Kanton Zürich
> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der GRÜNEN Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3'300 Ex. Redaktion: Liridon Maliqi. Korrektorat: Liridon Maliqi. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Thomas Forrer, Philipp Maurer, Benjamin Walder, Benjamin Krähenmann, Silvia Rigoni, Florian Heer, Nina Vöhringer, Melanie Hofmann, Tara Welschinger, Eticus Rozas, Dominik Waser, Isabelle Sterchi, Philipp Meier, Linda Junz; Bildnachweis S. 2: Michael Derrer Fuchs/Adobe Stock; Bildnachweis S. 3: Jakub Krechowicz/Adobe Stock; Bildnachweise S. 4 und S. 6: GRÜNE Kanton Zürich; Bildnachweise S. 8 und S. 9: GRÜNE Stadt Zürich; Bildnachweis: S. 10: GRÜNE Winterthur; Bildnachweis: S. 10: Junge Grüne Zürich; Bildnachweis: S. 12: RoyBuri/pexels; Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO2-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

NEIN ZUR MOBILITÄTSINITIATIVE

VERKEHRSPOLITIK DARF

KEINE LEBEN AUFS SPIEL SETZEN

Am 30. November stimmen wir im Kanton Zürich über die Mobilitätsinitiative ab. Sie schränkt Tempo-30-Zonen stark ein und entzieht Zürich und Winterthur wichtige Kompetenzen. Das ist gefährlich.



Die sogenannte Mobilitätsinitiative der SVP und FDP verlangt zwei zentrale Änderungen: Erstens sollen übergeordnete Strassen vollständig in die Verantwortung des Kantons übergehen. Zweitens sollen Temporeduktionen auf diesen Strassen «nur noch in Ausnahmefällen über kurze Strecken» erlaubt sein.

Sinnvolle Temporeduktionen nicht mehr möglich

Was unauffällig klingt, hat weitreichende Folgen. Besonders für Zürich und Winterthur, die heute selbst über diese Verkehrsachsen entscheiden dürfen. Temporeduktionen vor Schulen, Altersheimen oder Kitas wären dann kaum mehr möglich – selbst wenn sie sinnvoll oder gar notwendig sind.

Was bedeutet «kurze Strecken»? Die Kantonspolizei nennt bei Fussgängerstreifen als Richtwert 50 Meter. Doch was, wenn ein Kindergarten und ein Altersheim direkt nebeneinander liegen? Muss Tempo 30 dann auf eines der beiden Gebäude beschränkt werden? Genau das droht mit dieser Initiative.

Tempo 30 schützt Leben. Bei einem Aufprall mit 54 km/h wirkt auf einen Menschen die vierfache Energie im Vergleich zu 27 km/h. Die Wahrscheinlichkeit tödlicher Verletzungen steigt

massiv. Als Arzt, der ein Kind im Notfall behandelt hat, das mit Tempo 50 angefahren wurde, weiss ich: Diese Zahl ist keine Theorie – sie ist bittere Realität.

Gleichzeitig empfehlen sowohl die Regierung als auch das Parlament – aufgrund zwei Enthaltungen bei der EVP – die Initiative mit einem Zufallsmehr zur Annahme. Aus diesem Grund haben die Bürgerlichen auch das fehlende Komma nicht hinzugefügt und es wirkt, als ob sie Temporeduktionen vor allem über lange Strecken wünschen. ;)

Temporeduktionen dort, wo sie gebraucht werden

Für uns GRÜNE ist klar: Temporeduktionen müssen dort möglich sein, wo sie gebraucht werden – nicht nach starren Regeln, sondern mit gesundem Menschenverstand.

Darum sagen wir klar: NEIN zur Mobilitätsinitiative!



■ Benjamin Walder, Kantonsrat
GRÜNE

JA ZUM GEGENVORSCHLAG ZUR VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN GRUNDRECHT AUF DIGITALE INTEGRITÄT»

Der Kanton soll für die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum sorgen. Das fordern wir GRÜNE mit dem Gegenvorschlag zur Initiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität». Am 30. November stimmen wir darüber ab.

Kantonale Behörden sammeln und speichern immer mehr Informationen digital ab, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Darum setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass Grundrechte im digitalen Raum in der Kantonsverfassung verankert werden. Mit unserem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» nehmen wir den Kanton Zürich in die Verantwortung. Die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum wird zu einer kantonalen Aufgabe – persönliche Daten sind sicher zu speichern und vor missbräuchlichem Zugriff zu schützen.

Weiter müssen staatliche Leistungen für alle zugänglich sein und bleiben. Ein einfacher, barrierefreier Zugang – auch ohne ausgeprägte Kompetenzen im digitalen Bereich – kommt allen Menschen zugute. Darum sollen staatliche Leistungen weiterhin auch auf analogem Weg angeboten werden.

Schutz vor Überwachung und Diskriminierung

Der Schutz vor digitaler Überwachung und Diskriminierung sind zwei weitere Grundsätze, die in die Verfassung gehören: Wir GRÜNE sind dezidiert der

Ansicht, dass alle Menschen ein Recht darauf haben, nicht permanent durch den Kanton oder andere öffentliche Behörden überwacht, vermessen und analysiert zu werden. Insbesondere sind keine biometrischen Daten zur automatischen Identifizierung zu verwenden. Auch sind Entscheide, die verfassungsmässige Grundrechte einschränken, von natürlichen Personen zu treffen und nicht durch intransparente Algorithmen. Nur so lässt sich die Diskriminierung einzelner Personen oder Personengruppen verhindern.

Der Gegenvorschlag: konkret und umsetzbar

Der Gegenvorschlag greift die wichtigsten Punkte der Volksinitiative auf, erweitert diese aber um konkrete, umsetzbare Massnahmen – zur Stärkung der digitalen Integrität und für die Zugänglichkeit staatlicher Dienste für alle.



■ Benjamin Krähenmann, Kantonsrat GRÜNE



> Symbolbild

JA ZUM KRANKENVERSICHERUNGSGESETZ

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen ungebremst. Diese hohen Kosten stellen für viele Menschen die grösste finanzielle Belastung neben Wohnkosten dar, insbesondere für Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) unterstützt jedoch nicht nur Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, sondern auch Menschen mit mittleren Einkommen.

Der Bund will, dass die Kantone mindestens 80 % der Bundesbeiträge beisteuern. 2011 wurde der Zürcher Kantonsanteil in einer Sparübung von 100 % auf 80 % reduziert. Aktuell liegen wir bei 92 %.

Gemeinsam mit anderen linken Parteien forderten wir GRÜNEN 2022 eine Beteiligung von 120 %, um noch mehr Menschen zu erreichen und zu entlasten.

Die aktuelle Vorlage, über die wir demnächst abstimmen werden, verlangt einen Kompromiss von 100 % und wird von allen Parteien ausser FDP und SVP unterstützt. Diese haben das Referendum ergriffen, um zu verhindern, dass wir 50 Mio. Fr. pro Jahr zusätzlich an Menschen auszahlen.

Das Referendum wurde ergriffen, obwohl wir 2026 vom Bund verpflichtet werden, unseren Anteil zu erhöhen. Der Bund ändert nämlich die Berechnungsgrundlage. Das macht diese Abstimmung im November 2025 zu einer Farce. Trotzdem empfehlen die GRÜNEN die JA Parole.



■ Florian Heer, Kantonsrat GRÜNE

FÜR MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Die Mieten steigen nicht nur in den Städten, sondern auch in den Agglomerationen und auf dem Land werden die Wohnungen immer teurer. Der Leerwohnungsbestand sinkt gegen Null und von einem funktionierenden Markt können wir schon lange nicht mehr sprechen. Boden und Wohnraum werden zum Spekulationsobjekt und alles dreht sich um die maximale Rendite. Diese Entwicklung müssen wir dringend stoppen und den Gemeinden mehr Spielraum und Verantwortung geben.

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» schafft ein wirksames Instrument. Bei Land- oder Liegenschaftsverkäufen sollen die Gemeinden, wenn sie wollen, ein Vorkaufsrecht erhalten. Die Gemeinde wird bei einer Handänderung informiert und kann das Objekt zum vereinbarten Preis übernehmen. Ausgenommen sind Verkäufe innerhalb der Familie oder bei Eigenbedarf der neuen Eigentümer:innen.

Mit dem Vorkaufsrecht können die Gemeinden vermehrt selbst preisgünstig bauen oder das Land an gemeinnützige Stiftungen oder Genossenschaften im Baurecht abtreten. Der Boden wird dauerhaft der Spekulation entzogen und es entsteht mehr bezahlbarer Wohnraum. Deshalb ein deutliches JA am 30.11.2025! Und NEIN zum täuschenden Gegenvorschlag.



■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin GRÜNE

DANKE, BEAT!

WILLKOMMEN, SABINE!

«Keiner erklärt ruhiger und sachlicher, was zu sagen ist, fachlich sehr versiert.» – Das schrieb 2022 der Tages-Anzeiger über Beat Bloch, der als einziges Mitglied der Grünen Kantonsratsfraktion der Christlich-sozialen Partei (CSP) angehörte. Beat ist nach über 13 Jahren als Kantonsrat zurückgetreten, und damit verliert die Fraktion auch sein juristisches Gewissen. Beat übt das Amt eines Bezirksrichters aus, und so hat er in unseren Vorstössen stets dazu beigetragen, rechtlich auf den ersten Blick kaum umsetzbare Anliegen auf eine Ebene zu bringen, die „verhebt“! Dank Beats geschickter Leitung als Kommissionspräsident hat die ZKB jetzt einen Klimaparagraphen, der die Bank zur CO2-Reduktion auch im Anlagebereich verpflichtet! Beats Meisterstück ist aber der Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung, den die Stimmbevölkerung mit 67% angenommen hatte: Grundlage für die kantonale Klimapolitik.

Beat ist ein Demokrat mit Leib und Seele. Jeden Abstimmungssonntag arbeitet er im Wahlbüro und für jede

Abstimmung verteilt er meistens Grüne Flyer und sucht mit den Menschen auf der Strasse das Gespräch. Er ist ein starker Verfechter der Gewaltenteilung und hat sich stets gegen Machtbalancen ausgesprochen. Als Präsident von Travail Suisse Zürich setzt er sich zudem für die Rechte der Arbeitnehmenden ein. Wir danken Beat für sein grosses Engagement und hoffen, die Zusammenarbeit fortführen zu können!

Sabine Arnold ist auf der Liste Zürich Kreis 1/2 für Beat nachgerückt. Mit Sabine kommt eine Kommunikationsspezialistin in die Fraktion: Sie war Redaktorin beim Tagi und beim Winterthurer Landboten. Jetzt arbeitet sie selbstständig als Kommunikationsberaterin, unter anderem für die Bereiche Suchthilfe, Kinderschutz und Mental Health. Wir heissen Sabine in der Fraktion sehr herzlich willkommen!

■ Thomas Forrer, Kantonsrat und Fraktionspräsident GRÜNE



> Sabine Arnold ist auf der Liste Zürich Kreis 1/2 für Beat Bloch nachgerückt.



> Beat Bloch ist nach über 13 Jahren als Kantonsrat zurückgetreten.



FINTA-Wahlauftakt-Fest

31. Oktober 2025



Sei dabei, wenn wir gemeinsam Wahlstart feiern!

Am **31. Oktober** laden wir **Frauen*, inter, non-binäre, trans und agender Personen (kurz: FINTA)** aus **Stadt und Kanton Zürich** zum **grossen Wahlauftakt-Fest** ein. An diesem Abend kannst du andere engagierte Menschen kennenlernen, dich über politische Themen austauschen – oder einfach in guter Gesellschaft feiern. Ob du schon lange politisch aktiv bist oder einfach neugierig: bei uns bist du herzlich willkommen.

Am 31. Oktober ab 16 Uhr treffen wir uns im **Restaurant Zeughaushof an der Kanonengasse 20**. **Dich und deine Begleitung** erwartet ein **vielseitiges Programm**, das von **Gemeinderätin und Co-Präsidentin GRÜNE Stadt Zürich Anna-Béatrice Schmaltz** und **Kantonsrätin Edith Häusler** moderiert wird:

- Begrüssung durch **Monika Bättschmann** und **Simone Bertogg**, Initiantinnen FINTA Wahlauftaktfest
- Inputs zu feministischer Stadtplanung und was sie für die Sicherheit im öffentlichen Raum bedeutet mit **Stadträtin Karin Rykart** und **Elena Michel, Gemeinderätin Rüsclikon**
- Diskussionen zur Sozial- und Gesundheitspolitik mit Blick auf die Anliegen von Frauen* und FINTA mit **Claudia Bühlmann, Stadträtin Wädenswil, Marianne Oswald, Stadträtin Adliswil, und Karin Fehr, Stadträtin Uster**
- Ein Podium mit erfahrenen Politikerinnen, die erzählen, was sie im Wahlkampf zum Erfolg geführt hat – und was ihnen dabei Freude gemacht hat. Mit **Meret Schneider, Nationalrätin, Silja Benker, Mitglied Stadtparlament Illnau, Selina Walgis, Gemeinderätin Zürich, Anna-Béatrice Schmaltz, Gemeinderätin Zürich**
- Das Schlusswort halten **Leonora Seiler** und **Nadja Wirth, Co-Präsident*innen Junge Grüne Zürich**

Im Anschluss bleibt Zeit für einen offenen Austausch bei Buffet und Getränken. Und weil Politik auch Spass machen darf, sorgt DJ Senn später für Musik und gute Stimmung.

Wir freuen uns auf dich!

Das OK-Team: **Monika Bättschmann, Simone Bertogg, Elena Michel, Leonora Seiler, Simone Widmer, Gabriela Perrone** und **Tara Welschinger**

Hier geht es zur **Anmeldung** und zum Detailprogramm:



gruenezuerich.ch/event/finta-wahlfest

GRÜN MACHT DEN UNTERSCHIED

WALLISELLEN AUF DEM WEG ZU NETTO-NULL

Wir GRÜNEN sind die Schrittmacher, wenn es darum geht, die Klimaziele zu erfüllen. Das gilt ganz besonders auf kommunaler Stufe. Hier werden massgebende Entscheide für Investitionen in die Zukunft und für Vorbildwirkungen gefällt.

Klimaschutz lässt sich nicht einfach von oben verordnen. Er findet dort statt, wo die Menschen leben und ihren Alltag klimaneutral gestalten müssen. Der Spielraum für viele Entscheide hängt von lokalen Gegebenheiten ab. Darum kommt den Gemeinden eine Schlüsselrolle zu, denn sie beeinflussen die direkten Investitionen vor Ort am stärksten.

2020 hat die Gemeindeversammlung von Wallisellen ein Klimakonzept verabschiedet. Darauf stützt sich ein Massnahmenplan, der vom Stadtrat immer wieder aktualisiert wird. Besonders wichtig ist die Übernahme des Netto-Null-Zieles bis 2040, spätestens bis 2050. Unter den bereits abgeschlossenen Massnahmen finden sich die Zertifizierung zur Energiestadt Gold, die Überarbeitung der kommunalen Energieplanung, die Etablierung eines Geschäftsfeldes «Thermische Netze» durch die städtischen Werke, die Einführung ökologischer Beschaffungsrichtlinien, die Energie- und Treibstoffbuchhaltung für eigene Gebäude,

die Fahrzeugflotte und die Strassenbeleuchtung. Besonders erwähnenswert ist die Schaffung einer Förderabgabe, welche pro Kilowattstunde erhoben wird und auf kommunaler Ebene Förderbeiträge aber auch Sensibilisierungsarbeit ermöglicht. So konnten wir 2024 eine lokale Kampagne zum Thema Ernährung und Konsum durchführen. Im Bereich Klimaanpassung bildet seit 2023 die Strategie «Strassen und Plätze» die Grundlage für Entsieglungen und Baumpflanzungen im Strassenraum, wo nun Jahr für Jahr Umsetzungsprojekte folgen. Zusätzlich konnte 2025 ein Baumschutz in der Bauzonenordnung (BZO) verankert werden.

Weitere Massnahmen sind noch in Bearbeitung oder erst in der Warteschlange. Viel Potenzial hat die Verdichtung der bestehenden Wärmeverbunde und ihre Integration in grössere thermische Netze, die Erarbeitung einer Strategie für eine nachhaltige Mobilität in Wallisellen einschliesslich der Erstellung von Ladestationen in unterversorgten Ge-

bieten sowie systematische Betriebsoptimierungen für einen effizienten städtischen Gebäudepark. Dazu zählt auch der konsequente Ausbau von PV-Anlagen auf Stadtliegenschaften.

Zur Zeit steht die Aktualisierung der CO₂-eq-Bilanz für die Verfolgung des Zielpfades zur Klimaneutralität an, und im kommenden Jahr wird über die Einführung einer kommunalen Grünflächenziffer in der BZO entschieden. Wie wir als Stadt in klimarelevanten Fragen handeln, wird von der Bevölkerung stets wahrgenommen. Unsere erfolgreichen Umsetzungen motivieren viele Einwohner:innen, eigene Investitionen in eine CO₂-neutrale Zukunft zu tätigen.



■ Philipp Maurer, Stadtrat GRÜNE Wallisellen

PAROLENSPIEGEL

30. NOVEMBER 2025

Kantonale Vorlagen

- | | | |
|-------------|-----|---|
| JA | 01. | Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) (Änderung vom 7. April 2025; Prämienverbilligung, Bundes- und Kantonsbeitrag) |
| NEIN | 02. | A. Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» |
| JA | 02. | B. Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»
Stichfrage: Gegenvorschlag |
| JA | 03. | A. Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» |
| NEIN | 03. | B. Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»
Stichfrage: Volksinitiative |
| NEIN | 04. | Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 31. März 2025) |



> gruene-zh.ch/abstimmungen

GRÜNE IN DEN BEHÖRDEN**WIR STELLEN VOR:****MELANIE HOFMANN**
SOZIALBEHÖRDE PFÄFFIKON

«Soziale Themen interessieren mich seit vielen Jahren. Die Gelegenheit, für die GRÜNEN für die Sozialbehörde zu kandidieren, habe ich mit grosser Freude ergriffen.

Als Sozialarbeiterin habe ich die Gelegenheit mein Fachwissen einzubringen und lerne doch stetig Neues dazu. Ich schätze das parteiübergreifende, konstruktive Miteinander in der Behörde, was Offenheit für unterschiedliche Perspektiven schafft. Es ist spannend einen Einblick in die Gemeindeverwaltung zu erhalten aus der Perspektive der Sozialbehörde.»

■ Melanie Hofmann, GRÜNE Pfäffikon

**NINA VÖHRINGER**
SCHULPFLEGE DÜBENDORF

«Ich bin in einer Partei, weil ich es wichtig finde, mein Recht auf politische Mitbestimmung zu nutzen. Ich möchte unsere Gesellschaft mitgestalten. Bei den GRÜNEN bin ich, weil mir Umwelt- und Klimaschutz wichtig sind, und dass alle Menschen die gleichen Rechte haben und sich frei entfalten können.

Dabei ist das Recht auf Bildung ein wichtiges. Und wenn auch vieles im Bildungsbereich kantonal entschieden wird, so prägt doch die Schule die Kinder lokal. Projekte, kommunale Unterstützung, Neu- und Umbauten, Schulwegreglemente u.ä. werden in der Gemeinde entschieden. Bei solchen Themen setze ich mich als Schulpflegerin in der Primarschulpflege Dübendorf ein für eine soziale, möglichst inklusive Schule, die für Kinder ein toller Lern- und Lebensraum ist.»

■ Nina Vöhringer, GRÜNE Dübendorf

TEMPO 30:

ZÜRICH SOLL SELBST ENTSCHEIDEN KÖNNEN

Im November stimmen wir über die sogenannte «Mobilitäts-Initiative» der rechten Parteien ab. Hinter dem schön klingenden Titel versteckt sich ein Frontalangriff auf die kommunale Gestaltungshoheit: Die Initiative will verhindern, dass Städte und Gemeinden eigenständig Tempo-30-Zonen einführen können. Künftig müsste der Kanton überall mitreden – selbst dort, wo die Bevölkerung ganz klar mehr Sicherheit, weniger Lärm und bessere Lebensqualität will.

Für uns GRÜNE Stadt Zürich ist klar: Tempo 30 gehört in die Verantwortung der Städte und Gemeinden. Denn wir wissen vor Ort am besten, wo es gefährlich ist, wo Kinder zur Schule gehen, wo Quartierstrassen heute eher Rennpisten als Begegnungsräume sind.

Tempo 30 bedeutet Sicherheit – für alle

Tempo 30 rettet Leben. Das ist wissenschaftlich belegt: Ein Aufprall bei 50 km/h verläuft oft tödlich, bei 30 km/h überlebt die betroffene Person in den allermeisten Fällen. Dazu kommen kürzere Bremswege und deutlich mehr Übersicht im Quartierverkehr.

Dass es funktioniert, zeigt das Beispiel Helsinki: Die finnische Hauptstadt hat auf fast allen Strassen Tempo 30 oder Tempo 40 eingeführt – mit durchschlagendem Erfolg. Seit Juli 2024 hat Helsinki keine Verkehrstoten mehr registriert. Das zeigt eindrücklich, dass konsequente Temporeduktionen die sicherste und wirksamste Massnahme sind, um Unfälle mit schweren Folgen zu verhindern.

Auch in Zürich ist Tempo 30 zentral, damit Kinder den Schulweg selbstän-

dig und sicher zurücklegen können, ältere Menschen Strassen ohne Angst überqueren können und Velofahrende besser geschützt sind. Sicherheit im Verkehr ist keine Frage der Ideologie, sondern der Verantwortung.

Tempo 30 bedeutet Lebensqualität – für alle

Doch Tempo 30 ist nicht nur für Kinder wichtig. Es reduziert den Verkehrslärm erheblich, macht Strassen attraktiver für Fuss- und Veloverkehr und schafft lebendigere Quartiere. Studien zeigen, dass die Lärmbelastung in Tempo-30-Zonen spürbar sinkt – ein direkter Gewinn für die Gesundheit der Menschen, die an diesen Strassen wohnen.

Darum ist es absurd, wenn uns die Mobilitäts-Initiative genau diese Verbesserungen verbieten will. Tempo 30 darf nicht zur ideologischen Frage werden. Es geht nicht um ein «gegen Autos», sondern um ein «für mehr Sicherheit und Lebensqualität».

Die Stadt weiss am besten, wo Tempo 30 nötig ist

Verkehrspolitik muss dort entschieden werden, wo die Auswirkungen spürbar sind: in den Quartieren, an den

Schulwegen, vor den Kindergärten und Altersheimen. Niemand in einem Büro im Kanton kann besser beurteilen, wo es Tempo 30 braucht, als die Menschen, die vor Ort leben. Darum müssen Gemeinden und Städte weiterhin selbst entscheiden können.

Unser Auftrag: Nein zur Mobilitäts-Initiative

Die rechte Initiative will die demokratisch beschlossenen Verbesserungen in den Gemeinden ausbremsen. Sie gefährdet die Sicherheit der Kinder, die Gesundheit der Anwohner*innen und die Zukunft einer nachhaltigen Mobilität.

Wir GRÜNE Stadt Zürich sagen klar: Tempo 30 ist ein Schlüssel für eine sichere, kinderfreundliche und lebenswerte Stadt. Und wir kämpfen dafür, dass Zürich auch in Zukunft selbst bestimmen kann, wo diese Massnahme umgesetzt wird.

Darum braucht es im November ein deutliches Nein zur Mobilitäts-Initiative. Für sichere Wege. Für gesunde Quartiere. Für eine Stadt, die allen gehört.

■ Eticus Rozas, Co-Präsident GRÜNE Stadt Zürich

TEMPO 30
AUCH FÜR SICHERE
SCHULWEGE

VIELE ZEICHNUNGEN VON EUREN
SCHULWEGEN HABEN UNS
ERREICHT - VIELEN DANK FÜR'S
MITMACHEN!

«Eine sichere Stadt
für Kinder ist eine
sichere Stadt für
alle.»

Mehr erfahren und für
Tempo 30 spenden

ETICUS ROZAS
CO-PRÄSIDENT GRÜNE STADT ZÜRICH

**AUS DER
GESCHÄFTSSTELLE**

Gina Marti & Tim Lenke – Unser grünes Kampagnen-Team für 2026: Ideen, Herz und Humor für ein GRÜNES Zürich!

Zusammen mit der Kernwahlgruppe und dem Seki-Team werden mit frischen Ideen, politischem Know-how und einer grossen Portion Leidenschaft kreative Kampagnen für die Wahlen 2026 kreiert, geplant und umgesetzt.



> Das Kampagnen-Team für 2026: Tim Lenke und Gina Marti.

**ZÜRICH BRAUCHT
EINE SOLAR-OFFENSIVE**

Das aktuelle Solarziel der Stadt Zürich ist viel zu niedrig angesetzt: Bis 2040 sollen gerade einmal 300 Gigawattstunden produziert werden, was nicht einmal ein Drittel des vorhandenen Potenzials ausmacht. Dabei wäre es gerade in Zeiten der Klimakrise und steigender Energiekosten entscheidend, diese ökologische und kostengünstige Energiequelle vollständig zu nutzen. Stattdessen wird der Ausbau durch Verzögerungsstrategien des zuständigen Departements unnötig gebremst.

Wir sind überzeugt, dass Zürich mehr kann. Deshalb haben die GRÜNEN Stadt Zürich gemeinsam mit der SP zwei Solar-Initiativen lanciert, die das Blatt endlich wenden sollen. Die erste Initiative fordert eine Verdreifachung des Ausbauziels, um das volle Potenzial der Sonne auszuschöpfen.

Die zweite Initiative sorgt mit einem Rahmenkredit dafür, dass die nötigen Ressourcen bereitstehen. Zusammen bilden sie unsere Solaroffensive für Zürich.

Mit der konsequenten Nutzung des Solarpotenzials auf Dächern und Fassaden kann Zürich eine Vorbildfunktion übernehmen. Solarstrom wird dort erzeugt, wo er auch verbraucht wird – das stärkt die Versorgungssicherheit, liefert kostengünstige, ökologische Energie und macht die Stadt unabhängiger. Zürich hat die Chance, zur echten Solarstadt zu werden. Nutzen wir die Kraft der Sonne: für eine klimafreundliche, unabhängige und zukunftsfähige Stadt.



■ Dominik Waser, Gemeinderat GRÜNE Stadt Zürich

Mehr Informationen auf unserer GRÜNEN Website oder auf www.solar-stadt-zueri.ch

Jetzt Doppel-Initiativen unterschreiben:



**WÄRME AUS DEM SEE
ZÜRICH HEIZT MIT
ZUKUNFT**

Isabelle Sterchi Pelizzari, Kreispräsidentin 7/8, hat sich für das Quartiermagazin «Kreis 8 Kontakt» mit dem Thema Energie auseinandergesetzt

und sich mit Fachpersonen unterhalten: vom Umbau der Wärmeversorgung über die Fernwärme im Seefeldquartier bis hin zu Solaranlagen auf den Dächern.

Stell dir vor: Dein Zuhause wird mit Energie geheizt, die direkt vor der Haustür liegt – sauber, erneuerbar und unerschöpflich. Genau das macht Zürich möglich. Der Zürichsee speichert Sonnenwärme, die moderne Technik in klimafreundliche Heizenergie verwandelt. So verschwinden Öl und Gas Schritt für Schritt aus den Quartieren, und an ihre Stelle tritt eine Wärmeversorgung, die Mensch und Natur verbindet. Bis 2040 wird ganz Zürich fossilfrei heizen – ein entscheidender Schritt zu einer lebenswerten, klimaneutralen Stadt.

Ganzen Artikel von Isabelle Sterchi Pelizzari im «Kontakt» lesen:



WAHLJAHR HIGHLIGHTS 2025 2026

- 31.10. FINTA Wahlaufakt-Fest
- 6.1. Wahlaufakt mit Pop-Quiz
- 08.11. Kampagnen Mobilisierung
- Jan & Feb. Townhall Treffen zu den Wahlen
- 23.11. Kampagnen Mobilisierung
- 8.3. Wahlfeier
- 29.11. Kampagnen Mobilisierung
- 20.12. Kampagnen Mobilisierung

UNSERE AGENDA:

AG SETZT SICH FÜR

MEHR WILDWUCHS IN GÄRTEN EIN

Seit vier Jahren ist die Arbeitsgruppe Biodiversität in Winterthur aktiv. Ihre Kampagnen richten sich vor allem an Menschen mit Privatgärten. Die einfache Botschaft: Nicht zu viel arbeiten und aufräumen im eigenen Garten!

Ein kurz geschnittener Rasen ohne ein einziges Blümchen oder fremdes Kraut. Rundherum exotische Sträucher, Zierpflanzen in Reih und Glied – so präsentieren sich viele Gärten von gutbürgerlichen Schweizer:innen. Manche verunstalten ihr Grundstück sogar zu unsagbar hässlichen Schottergärten. Aufräumen und Putzen gilt hierzulande als löbliche Tugend.

Doch derart sterile Gärten gleichen für einheimische Kleintiere und Pflanzen einer Wüste. Bienen und andere Insekten, Vögel, Igel und Blindschleichen finden weder Nahrung noch Unterschlupf. Neben der Klimaerwärmung ist der dramatische Schwund der Artenvielfalt eine der grössten Bedrohungen für die Umwelt. Bei den GRÜNEN Winterthur haben wir deshalb vor vier Jahren eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich diesem Thema widmet. Unser Ziel ist es, die Biodiversität in unserer Stadt und Region zu fördern.

Behörden haben dazugelernt

Bei der öffentlichen Hand hat diesbezüglich in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden: Vielerorts trifft man auf neue Rabatten mit einheimischen Pflanzen wie Königskerzen, Wegwarten und Wiesensalbei, die auch etwas wuchern dürfen. Bäume werden gepflanzt, Naturschutzgebiete angelegt und gepflegt. Auch Regenwasser darf vermehrt versickern.

Ein grosser Handlungsspielraum liegt aber bei den Privaten, denen ein beträchtlicher Anteil der besiedelten Fläche gehört. Diese Zielgruppe haben wir mit einer Flyer- und Social-Media-Aktion zu erreichen versucht. Die einfache Botschaft: «Schonen Sie Ihren Rasenmäher, lassen Sie es etwas wuchern, schneiden Sie verblühte



Stauden im Herbst nicht zurück.» Die Kampagne war mit einem Gartenzwerg in einer Hängematte illustriert.

Tschüss Kirschlorbeer

In vielen Gärten blühen jetzt wahrscheinlich schon Oregano, Hornklee und Natternkopf – die bienenfreundlichen Pflanzen, die wir vorletzten Frühling auf der Marktgasse verteilt haben. Diesen Herbst wollen wir uns nun der Bekämpfung von invasiven Neophyten widmen. Obwohl das Pflanzen von Kirschlorbeer, Sommerflieder, japanischem Bambus, Cotoneaster und anderen problematischen Arten seit letztem Jahr verboten ist, werden diese ohne eine aktive Bekämpfung über Jahrzehnte bestehen bleiben und sich weiter ausbreiten. Unser Herbst-Flyer wendet sich deshalb besonders an Menschen, die ihre Grundstücke mit Kirschlorbeer-, Bambus- oder Thuja-

hecken vor neugierigen Blicken schützen. Letztere sind zwar nicht invasiv, aber ebenfalls ökologisch wertlos.

Für unsere Aktionen haben wir schon viel Zeit und kreative Energie investiert. Unsere Materialien dürfen ohne weiteres weiterverwendet und bei Bedarf angepasst werden. Denn auch in den Dörfern und Agglomerationsgemeinden besteht im Bereich Biodiversität viel Potenzial. Wir freuen uns über eine Multiplikation und den Austausch mit anderen GRÜNEN, die sich für die Biodiversität engagieren.

■ Philipp Meier, AG Biodiversität der GRÜNEN Winterthur

Kontakt: Philipp Meier
philippmeier@bluewin.ch

VON LUCHSEN LERNEN:

DIE CHANCE NEUER POLITISCHER KOMMUNIKATION

2007 tauchten mitten in Zürich zwei Luchse auf. Die beiden Tiere gedruckt in sattem Grün vor einer gelben Sonne, plädierten den simplen Slogan «natürlich – energiereich». Sie waren Teil der Nationalratskampagne der Jungen Grünen.

Das Plakat macht vieles anders als wir es von heute kennen: Kein Gesicht von Politiker*innen, kein klassisches Corporate Design, keine Parole, die auf möglichst viele Stimmberechtigte zugeschnitten war. Stattdessen wurde ein Bild gezeichnet, das die Bewegung und die Vision der Jungen Grünen versinnbildlicht. Die Betrachter*innen wurden dazu eingeladen, selbst zu interpretieren. Stehen sie für Kraft, Dynamik und Nachhaltigkeit? Oder für Flexibilität, Elan und Authentizität? Wer dieses Plakat sah, blieb hängen – und erkannte: Hier ist eine Bewegung am Werk, die nicht einfach mitschwimmt.

Mit diesem Rückblick zum Luchs-Plakat möchte ich Einblick darin geben, mit welchen Fragen sich die Jungen Grünen Zürich aktuell beschäftigen: Wie möchten wir auftreten, besonders im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf? Wagen wir es neue Formen der Mobilisierung auszuprobieren? Wie viel Populismus braucht ein Wahlkampf – und wo beginnt die Leere dahinter? Populismus, ein schwieriges Wort, oft abwertend gebraucht. Doch an sich ist er nichts anderes als die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge so zu verdichten, dass sie verständlich, fühlbar und teilbar werden. Ohne diesen Schritt gäbe es keine demokratische Kommunikation. Kein Wahlplakat, kein Slogan, kein Gespräch an einem Infostand funktioniert ohne Vereinfachung. Die Kehrseite ist ebenso klar: Wer nur auf die Verdichtung setzt, verliert die Tiefe. Politik wird dann zur Verpackung – hübsch anzusehen, aber ohne Nährwert.

Das Luchs-Plakat von damals zeigt, wie man beides verbinden kann: populär wirken, ohne sich zu banalisieren. Die Luchse waren eingängig und klar,

doch sie waren mehr als nur Dekor. Sie standen für Energie, für Wildheit, für Natürlichkeit – Eigenschaften, die zu unserem politischen Anspruch passten. Die tieferen Inhalte wurden nicht verdrängt, sondern an anderen Orten vermittelt: in Flyern, Diskussionen, Aktionen. So entstand ein Gesamtbild, das Neugier weckte, ohne zu überfordern.

Wir könnten es uns also leicht machen: ein paar Gesichter grossflächig drucken, dazu eine Handvoll Schlagworte, die jede*r sofort versteht. Es würde funktionieren – aber würde es uns auch auszeichnen? Das Luchs-Plakat erinnert uns daran, dass Politik nicht nur in Köpfen und Parolen erzählt werden muss. Ich sehe darin einen Appell an uns als Jungpartei. Wahlkampf ist nicht nur das Buhlen um Stimmen, sondern

auch die Einladung, Politik neu zu sehen, Diskussionen anzuregen und mit dem Puls der Zeit zu gehen. Gerade findet ein Wandel in der politischen Kommunikation statt, eine Art «Renaissance» längerer, argumentativer Formate und aussagekräftigen Bildern und Grafiken, weil Parolen nicht mehr genügen. Als Jungpartei haben wir weniger eingefahrene Strukturen. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, ebenfalls mutig zu sein und im kommenden Wahlkampf Neues auszuprobieren, auch wenn damit ein gewisses Risiko verbunden ist.

■ Linda Junz, Parteikoordinatorin
Junge Grüne Zürich



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

27. Oktober 2025, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Kulturzentrum «Alte Kaserne», Technikumstrasse 8, 8403 Winterthur.

31. Oktober 2025, 16:00 - 22:00 Uhr
FINTA Wahlfest
 Ort: Restaurant Zeughaushof, Kanonengasse 20, Zürich.

GRÜNE STADT ZÜRICH

28. Oktober 2025, 18:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort: Photobastei, Zürich.

31. Oktober 2025, 16:00 - 22:00 Uhr
FINTA Wahlfest
 Ort: Restaurant Zeughaushof, Kanonengasse 20, Zürich.

18. November 2025, 18:30 Uhr
FINTA Treff mit Karin Rykart
 Ort: Restaurant Osso, Zollstrasse 121, Zürich.

GRÜNE WINTERTHUR

29. Oktober 2025, 19:30 Uhr
Offene Mitgliederversammlung
 Ort: Kirchgemeindehaus Liebestrasse, Winterthur.

06. November 2025, 19:00 Uhr
GRÜNER Stamm
 Ort: Zum Hinteren Hecht, Tösstalstrasse 2, Winterthur.

04. Dezember 2025, 19:00 Uhr
GRÜNER Stamm
 Ort: Zum Hinteren Hecht, Tösstalstrasse 2, Winterthur.

GRÜNE ADLISWIL

23. Oktober 2025, 19:30 Uhr
GRÜNER Stamm
 Ort: Restaurant Barfüsser, Zürichstrasse 4.

GRÜNE DÜBENDORF

13. November 2025, 19:00 Uhr
GRÜNER Stammtisch Stettbach
 Ort: Le Monde.

29. November 2025, 13:00 - 19:00 Uhr
Einhorn-Guezli verzieren am Chlausmärt
 Ort: Stadthausplatz.

15. Dezember 2025, 19:00 Uhr
GRÜNER Stammtisch
 Ort: Quickly.

GRÜNE SCHWERZENBACH-VOLKETSWIL

23. Oktober 2025, 19:30 Uhr
Offenes GRÜNES Treffen in Schwerzenbach (Nachtessen bereits ab 18:30Uhr)
 Ort: Neapolis.

07. November 2025, 19:00 Uhr
Kinoabend: Radical – eine Klasse für sich
 Ort: Chimlisaal, Schwerzenbach.

GRÜNE USTER

18. Oktober 2025, 08:45 - 12:30 Uhr
Besuch Waldlabor ETH Zürich
 Treffpunkt: 8:45 Uhr beim Bahnhofkiosk Uster.

22. November 2025, 19:30 Uhr
GRÜNER Ustertag
 Ort: Bibliothek Uster, Bankstrasse 17, 8610 Uster.

GRÜNE WÄDENSWIL

22. Oktober 2025, 19:00 Uhr
GRÜNER Frauentisch
 Ort: Zwibol Bistro, Seestrasse 105, Wädenswil.

04. November 2025, 19:00 Uhr
GRÜNES Kino
 Ort: Schlosskino Wädenswil, Schlossbergstrasse 7, Wädenswil.

13. November 2025, 19:00 Uhr
GRÜNER Frauentisch
 Ort: Zwibol Bistro, Seestrasse 105, Wädenswil.

14. November 2025, 19:00 Uhr
GRÜNES Jass- und Dog-Turnier
 Ort: Zwibol Bistro, Seestrasse 105, Wädenswil.

09. Dezember 2025, 19:00 Uhr
GRÜNES Kino
 Ort: Schlosskino Wädenswil, Schlossbergstrasse 7, Wädenswil.

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/events

